

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung

zur Volksinitiative „Die Spiele für Berlin“ – Drucksache 19/2962

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus würdigt das Engagement der Volksinitiative „Die Spiele für Berlin“ und dankt allen Unterzeichner*innen.

Das Berliner Landesparlament sieht sich in der Verantwortung, gemeinsam mit der Stadtgesellschaft und den Sportvereinen, die Weiterentwicklung Berlins zu einer Stadt voranzubringen, die den Sport für alle als eine zentrale Aufgabe versteht. Hierbei soll den Bürger*innen Berlins eine lebenslange Sportbiografie in einer inklusiven Stadt ermöglicht werden.

Diese Ziele sind unabhängig von einer möglichen Olympia-Bewerbung zu erreichen. Die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele ist kein geeigneter oder notwendiger Weg, um die strukturellen Herausforderungen der Berliner Sportpolitik zu lösen.

Das Abgeordnetenhaus greift daher die Punkte der Volksinitiative auf und stellt fest, dass diese umgesetzt werden müssen, unabhängig davon, ob das Internationale Olympische Komitee (IOC) Berlin den Zuschlag für die Ausrichtung für Olympische und Paralympische Spiele erteilt:

- Sport soll für alle gesellschaftlichen Gruppen gefördert werden und für Kinder, vor allem in den Schulen, soll ein tägliches Sportangebot stattfinden.
- Der Sanierungsstau von Sportstätten und Schwimmbädern in Berlin wird schnellstmöglich sukzessive abgebaut und die Bedarfe des Neubaus werden gedeckt.
- Sportflächen und Bewegungsräume werden seitens der Stadtplanung bei der Entwicklung von bestehenden und der Planung von neuen Quartieren stärker berücksichtigt.

- Es wird ein Fonds entwickelt und aufgelegt, der direkt in den Breitensport investiert, insbesondere in die personelle Sportförderung und die Sportinfrastruktur.
- Das ehrenamtliche Engagement im Sport und über den Sport hinaus soll erleichtert und gestärkt werden. Hierzu gehört, entsprechendes Verwaltungshandeln daran auszurichten.

Die Volksinitiative weist zu Recht auf diese Punkte hin und fordert, entsprechende Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Das Abgeordnetenhaus schließt sich diesen Forderungen an und fordert den Senat auf, dem Gesetzgeber Entwürfe für alle erforderlichen Gesetze, Rechtsverordnungen und Ausführungsvorschriften zur Beschlussfassung bzw. zur Kenntnis vorzulegen, die zur Erlangung der geforderten Ziele erforderlich sind.

Der Senat wird aufgefordert, die laufende Bewerbung um die Austragung Olympischer und Paralympischer Spiele in Berlin in den Jahren 2036, 2040 oder 2044 umgehend zurückzuziehen und alle Ressourcen in das Erreichen der anderen Ziele der Volksinitiative zu stecken.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. August 2026 zu berichten.

Begründung

Die Volksinitiative „Die Spiele für Berlin“ greift zentrale Herausforderungen der Sportpolitik in Berlin auf und formuliert berechtigte Erwartungen an eine zukunftsfähige, inklusive und bedarfsgerechte Sportentwicklung. Diese Anliegen verdienen breite politische Unterstützung.

Entscheidend ist jedoch: Die formulierten Ziele dürfen nicht an eine mögliche Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele in Berlin geknüpft werden. Eine gute Sportinfrastruktur, die verlässliche Förderung des Breitensports, inklusive Zugänge sowie starke Vereinsstrukturen sind keine Nebenprodukte von Großereignissen, sondern grundlegende Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge.

Berlin steht bereits heute vor erheblichen Defiziten: bei der Sanierung von Sportstätten, beim Zugang zu Schwimmangeboten, bei der Integration von Bewegung in den Alltag von Kindern und Jugendlichen sowie bei der Unterstützung des Ehrenamts. Diese Herausforderungen bestehen unabhängig von einer möglichen Olympia-Bewerbung und müssen eigenständig, nachhaltig und sozial gerecht angegangen werden.

Die Umsetzung der Forderungen der Volksinitiative ist daher kein optionales Begleitprogramm für internationale Sportgroßveranstaltungen, sondern Voraussetzung für eine lebenswerte, gesunde und inklusive Stadt. Das Abgeordnetenhaus bekennt sich dazu, diese Ziele prioritär zu verfolgen und die notwendigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, unabhängig von externen Vergabeentscheidungen.

Berlin, den 19. Mai 2026

Jarasch Graf Schedlich Schwarze
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Engelmann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke